



Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung

39. Sitzung (nicht öffentlich)

28. April 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.25 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde:

"Fortsetzung des Programms 'Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft NRW'"

1

Ministerin Bärbel Höhn trägt vor und beantwortet Fragen.

2 Störfall bei der Firma B.U.S. Metall GmbH in Duisburg am 15. März 1999

3

Dem Bericht von Ministerin Bärbel Höhn schließt sich eine Aussprache an.

3 Abwasserabgabe und Kleininleiterabgabe abschaffen - Gebühren senken, Gewässerqualität erhalten

8

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3732

Der Ausschuß beschließt einstimmig, die Beratung zu vertagen und zunächst eine Anhörung nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags durchzuführen. Der Termin der Anhörung und die einzuladenden Referenten werden am 6. Mai 1999 festgelegt.

4 Bio- und Gentechnik im Dienst von Mensch und Umwelt verantwortlich fördern und nutzen

9

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3798

Der Ausschuß faßt keinen eigenen Beschluß. Wenn das Ergebnis der Beratungen des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vorliegt, wird sich der Ausschuß noch einmal informell mit dem Thema befassen.

5 Erstes Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Erstes Modernisierungsgesetz - 1. ModernG NRW)

10

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3730 und 12/3770

Ministerin Bärbel Höhn berichtet über den aktuellen Stand der Verwaltungsstrukturreform.

Griff behalten werden, und auf der anderen Seite müsse Offenheit herrschen für die Entwicklungen und Chancen, die mit der Bio- und Gentechnologie verbunden seien, wie beispielsweise im medizinischen Bereich, der Welternährung oder der Umwelt.

Er regt an, heute auf eine Abstimmung zu verzichten und zunächst die Entscheidung des federführenden Wissenschaftsausschusses abzuwarten.

Johannes Rimmel (GRÜNE) führt aus, daß die Meinung der GRÜNEN zur Bio- und Gentechnologie bekannt sei. Der Antrag fordere Bekenntnisse, die die GRÜNEN nicht abgeben könnten. Deshalb werde man den Antrag ablehnen. Die GRÜNEN seien jedoch damit einverstanden, auf die Ergebnisse der Beratungen des Wissenschaftsausschusses zu warten.

Auch **Dr. Andreas Lorenz (CDU)** ist damit einverstanden, die Beratungen im Wissenschaftsausschuß abzuwarten.

Vorsitzender Klaus Strehl hält fest, daß der Ausschuß einstimmig beschlossen habe, zu TOP 4 keinen eigenen Beschluß zu fassen, sondern die Beratungen im federführenden Ausschuß für Wissenschaft und Forschung abzuwarten, um sich später informell noch einmal mit dieser Entscheidung zu befassen.

5 **Erstes Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Erstes Modernisierungsgesetz - 1. ModernG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3730 und 12/3770

Vorsitzender Klaus Strehl legt dar, daß der Gesetzentwurf vom Plenum in seiner Sitzung am 10. März 1999 an den Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform - federführend - sowie an weitere Fachausschüsse - auch den Umweltausschuß - zur Mitberatung überwiesen worden sei.

Er macht darauf aufmerksam, daß der federführende Ausschuß heute und morgen eine öffentliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchführe, die noch berücksichtigt werden müsse.

Erbeten sei ein Bericht der Ministerin, nicht nur zum Ersten Modernisierungsgesetz, sondern auch zur gesamten sich schon jetzt abzeichnenden Verwaltungsstrukturreform, ausgehend von den Kommunen bis zu den obersten Fachbehörden.

Ministerin Bärbel Höhn berichtet:

Den Ausschuß interessieren insbesondere einige Punkte des Modernisierungsgesetzes, wie beispielsweise die Frage, die heute in der Anhörung behandelt wird, inwieweit Kommunen wirtschaftlich tätig werden dürfen. Das Kabinett ist den Kommunen sehr stark entgegengekommen, so daß jetzt eher Kritik von seiten der Wirtschaft aufkommt, die sich zu sehr eingeschränkt fühlt. Das muß man abwarten.

Ansonsten gibt es eine kleine Änderung im Landesplanungsgesetz: Die Bezirksplanungsräte sollen anders zusammengesetzt werden. Ich glaube, daß wir das eingebracht haben, ist in Ihrem Sinne.

Im Prinzip ist der Umweltausschuß bei vielen Punkten nur am Rande betroffen. Deswegen warte ich Ihre Fragen ab, um auf Einzelpunkte einzugehen.

Hans Peter Lindlar (CDU) interessiert sich für die Kabinettsbeschlüsse, die den Ressortbereich der Ministerin betreffen.

Ministerin Bärbel Höhn ergänzt ihren Bericht:

Wir haben in den letzten Tagen drei Kabinettsitzungen durchgeführt - am 20., 25. und 27. April -, um die einzelnen Punkte zu konkretisieren. Wir haben Kernaufgaben übertragen; da sind wir in vielen Prozessen. Entscheidend ist, wie die Modernisierung auf staatlicher Ebene aussieht. In meinem Bereich ist eine Zusammenführung der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten mit dem Landesamt für Ernährung und Jagd vorgesehen. Das Landesumweltamt bleibt in seiner bisherigen Form erhalten. Es wird allerdings eine Überprüfung der Rechenzentren stattfinden, um Rechenzentren, die ähnliche Aufgaben wahrnehmen, zusammenzuführen. Dies war aber in der Organisationsuntersuchung des Landesumweltamtes sowieso schon vorgesehen.

Wichtig ist auch, welche Sonderbehörden in die neue Mittelebene eingegliedert werden. Wir haben drei Sonderbehörden mit nachgeordneten Behörden:

- das Landesoberbergamt mit den nachgeordneten Bergämtern,
- das Landesversorgungsamt mit den nachgeordneten Ämtern,
- das Landesamt für Agrarordnung mit den nachgeordneten Ämtern für Agrarordnung.

Für diese drei Sonderbehörden gilt, daß sie in regionale Dienstleistungszentren eingegliedert werden sollen, und zwar mit einer Vor-Ort-Zuständigkeit. Sie werden also einer dieser Mittelbehörden zugeordnet, die Ämter verbleiben aber als Außenstellen dieser Mittelbehörden an ihren Standorten.

Die Staatlichen Umweltämter und die Ämter für Arbeitsschutz bleiben in ihrer jetzigen Form erhalten, nachgeordnet den Bezirksregierungen bzw. den neuen Mittelbehörden. Das ist das Wesentliche zur Struktur der Ämter.

Außerdem gibt es eine stärkere Fachbündelung. Wir wollen eine horizontale und eine vertikale Bündelung, so daß die Fachstellen in den Bezirksregierungen den jeweiligen Fachressorts zugewiesen werden. Das ist eigentlich eine interne Angelegenheit.

Die Ausarbeitung von Landschaftsplänen und die Planung und Betreuung weiterer Maßnahmen der Landespflege und Landschaftsentwicklung auf Antrag der Kreise und kreisfreien Städte wird im Moment von den Landschaftsverbänden wahrgenommen. Meiner Meinung nach - das sehen die Kommunen genauso - kann diese Aufgabe entfallen.

Auf Nachfrage von **Johannes Rimmel (GRÜNE)** bestätigt **Vorsitzender Klaus Strehl**, daß dieses Thema in der nächsten Sitzung noch einmal beraten werde, um die Anhörung zu berücksichtigen.

Hans Peter Lindlar (CDU) bezieht sich auf die Sendung "Westpol" vom 25. April 1999, in der sich die Ministerin zur Verwaltungsstrukturreform so geäußert habe, daß die Staatlichen Umweltämter gute Arbeit geleistet hätten; deshalb sollte ihre Struktur unverändert bleiben. **Hans Krings** dagegen habe die Meinung vertreten, daß die SPD-Fraktion kein Problem darin sehe, die Umweltämter den Bezirksregierungen und späteren regionalen Dienstleistungszentren einzuverleiben. Die Ministerin habe gerade gesagt, daß die Staatlichen Umweltämter den Dienstleistungsbehörden nachgeordnet blieben. Er fragt, wie der Entscheidungsprozeß ablaufe.

Ministerin Bärbel Höhn antwortet, daß das Ministerium die Fachaufsicht über die Mittelbehörden ausübe. Auch jetzt seien die Staatlichen Umweltämter den Bezirksregierungen nachgeordnete Behörden. Der Entscheidungsstrang verlaufe also folgendermaßen: Das Ministerium erteile der Bezirksregierung eine Weisung, die diese an das Staatliche Umweltamt weitergebe. So bleibe es auch.

Hans Peter Lindlar (CDU) möchte wissen, ob die Ministerin aus der Verwaltungsstrukturreform als Siegerin hervorgegangen sei. - **Ministerin Bärbel Höhn** entgegnet, daß bei einer Verwaltungsstrukturreform viele Gründe für das eine oder das andere sprächen. Ministerpräsident **Clement** habe heute nach "dpa" in einer Pressekonferenz gesagt: "Ich habe zunächst alles mit Hauruck versucht, jetzt bin ich auf Kompromißkurs." Das Geben und Nehmen eines Kompromisses werde daran deutlich, daß der Umweltbereich gestärkt worden sei und eine Bündelung - das bedeute eine weniger starke Zugriffsmöglichkeit - im Naturschutz und bei den Agrarbehörden erfolgt sei.